



Elterninitiativen für Geburtskultur

Ihre Wahlprüfsteine an die Piratenpartei

Sehr geehrte Frau Grieschat,
vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen zur Bundestagswahl 2017 an die Piratenpartei und das damit verbundene Interesse an unserer Politik.

Gern übersenden wir Ihnen in der Folge unsere Antworten. Gern stehen wir für weitere Fragen zu Verfügung.

Was bedeutet eine Geburtskultur im Sinne von Mutter und Kind für Sie und durch welche Maßnahmen wird dies zukünftig umgesetzt?

Uns ist der Erhalt der Wahlfreiheit des Geburtsortes für Frauen und der Erhalt der Versorgung mit Hebammenhilfe wichtig. Jede Frau muss einen Anspruch auf 1:1-Betreuung durch eine Hebamme haben, ob zuhause, im Geburtshaus oder in der Klinik. Wir setzen uns dafür ein, dass die wohnortnahe, flächendeckende Versorgung der Frauen durch freiberufliche Hebammen sichergestellt wird und deren Arbeit auch zukünftig in Deutschland erhalten bleibt, sowie die Hebammenleistungen entsprechend der hohen Verantwortung des Berufes angemessen bezahlt werden. Wir wollen die Verpflichtung der Kliniken, der angestellten Hebamme Art und Umfang der abgeschlossenen Haftpflichtversicherung mitzuteilen, die Einrichtung eines steuerfinanzierten Fonds für Haftpflichtfälle für außerklinische und klinische Geburtshilfe, die Verkürzung der Verjährungsfrist auf 10 Jahre und die Festlegung einer Haftungsobergrenze, so dass z.B. Inflationsrisiken über die Zeit der Verjährungsfrist ausgeglichen sind. Wir setzen uns für den Erhalt der wohnortnahen, flächendeckenden und niedrighschwelliger geburtshilflichen Versorgung und Verbesserung der Versorgung von Müttern und Neugeborenen ein. Außerdem unterstützen wir das Bestreben, die Ausbildung von Hebammen in Deutschland zu akademisieren, um den Berufsabschluss international vergleichbar zu machen und die Hebammenwissenschaft als Forschungsfeld voranzutreiben.

Andere von Ihnen angesprochene Punkte sind selbstverständliche Bestandteile unserer Politik. So halten wir den freien Zugang zu allen

017

Vorstand
vorstand@piratenpartei.de

Vorsitzender
Patrick Schiffer
patrick.schiffer@piratenpartei.de

Stellvertretender Vorsitzender
Carsten Sawosch
carsten.sawosch@piratenpartei.de

Politischer Geschäftsführer
Kristos Thingilouthis
kristos.thingilouthis@piratenpartei.de

Schatzmeister
Lothar Krauß
lothar.krauss@piratenpartei.de

Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei Deutschland
Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN

DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Seite 2

vorliegenden Informationen, will man eine objektive Entscheidung treffen, in allen Bereichen des Lebens für unabdingbar.

Erfolgreiche regionale Projekte müssen wesentlich schneller bundes- oder gar europaweiter Standard werden, als dies aktuell der Fall ist. Es kann nicht sein, dass die Nutzung fortschrittlicher Entwicklungen an Zuständigkeitsdünkel scheitert.

Weitere von Ihnen angesprochene Punkte werden nachfolgend beantwortet.

PIRATENPARTEI
Deutschland

2. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die Bundeskaiserschnittrate auf das von der WHO empfohlene Niveau von höchstens 10-15% senken?

Vergleicht man im momentanen Abrechnungssystem der Krankenhäuser die Erlöse, die eine unkomplizierte vaginale Geburt bringen, mit denen einer primären Sectio caesarea (Kaiserschnitt), wird im Schnitt deutlich, dass ein Kaiserschnitt mehr Gewinne bringt, obwohl er insgesamt teurer ist. Der Erlös beider Geburtsformen muss durch Anpassungen im Abrechnungssystem angeglichen werden, um die Gefahr einer von Seiten des Krankenhauses ökonomisch motivierten Beratung zu einem Kaiserschnitt zu entgehen. Das wird hoffentlich zu einer Senkung des Kaiserschnittniveaus führen.

3. Wie werden Sie eine 1:1-Betreuung durch eine Hebamme während der gesamten Geburt garantieren (nicht nur während der Austreibungsphase)?

Hier verweisen wir auf unsere Antwort auf Frage 1. Die darin genannte Vorgehensweise führt unserer Meinung nach unter anderem auch zur Sicherstellung einer 1:1-Versorgung. In diesem Zusammenhang gilt es, den nach § 24c Sozialgesetzbuch V bestehenden Anspruch auf die Betreuung durch Ärztinnen oder Ärzte sowie durch Hebammen

entsprechend umzusetzen.

4. Mit welchen Maßnahmen werden Sie Frauen und ihre Kinder vor individueller, struktureller und systemischer Gewalt schützen und die Wahrung ihrer Menschenrechte fördern?

Der voranschreitende Wandel von Krankenhäusern zu Einrichtungen mit betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen führte und führt zu enormen Druck auf das Personal. Geld verdienen kann das Krankenhaus nur mit höheren Fallzahlen. Gleichzeitig versuchen betriebswirtschaftlich orientierte Krankenhäuser den Anteil der Personalkosten zu drücken. Vielerorts weicht die ärztliche Autonomie und Freiheit dem betriebswirtschaftlichen Diktat.

Dieser wachsende Stress im System kann sich leider auch in der von Ihnen beschriebenen Form auf die Patienten auswirken. Das ist kein Einzelproblem sondern eine gesamtgesellschaftliche Folge der Ökonomisierung.

Dem treten wir entschieden und mit konkreten Maßnahmen entgegen.

1. Wir wollen die dokumentarischen Anteile im Pflegebereich von denen der Arbeit am Menschen weiter entkoppeln und somit mehr Zeit für diesen Teil gewährleisten. Dem gesellschaftlich auferlegten ökonomischem Druck zur Arbeit als Fallbehandlung ist durch eine höhere Vergütung zu begegnen. Uns ist klar, dass dies nicht zum Nulltarif möglich ist und es somit wenigstens einer Umverlagerung der Ausgaben im Kranken- und Pflegebereich oder sogar einer Erhöhung der Beiträge zu diesen Versicherungen bedarf. Allerdings könnte auch hier die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens den Druck aus der Ökonomisierung im Pflegebereich nehmen.

Da sich dieser Druck noch zu erhöhen droht, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das "Pflegealter" kommen, weil gleichzeitig durch die

geburtenschwächeren Jahrgänge weniger Pflegende zur Verfügung stehen, müssen diese spätestens dann durch finanzielle Anreize dazu gebracht werden, sich für einen Beruf in der Pflege zu entscheiden. Wir halten daher die Idee der Einrichtung eines Pflege-Fonds für einen Weg. Dieser Fonds soll von der Bundesbank verwaltet werden und als Rücklage für die Zeit bereit stehen, in der die geburtenstarken Jahrgänge ins 'Pflegealter' kommen.

2. Eine selbstverständlichere Transparenz ist einzuführen, so dass Menschen sich offener über ihre Krankenhäuser informieren können und damit auch eine bewusste Entscheidung dahingehend treffen können, welcher Umgang zwischen Patienten und Personal zu erwarten ist.

3. Wir setzen uns für die stärkere Einbindung und Möglichkeiten für freie Hebammen ein. Jede Frau sollte sich auch in der Klinik durch eine Hebamme ihrer Wahl betreuen lassen können.

4. Kinder- und Geburtsstationen müssen geschützte Räume sein. Deshalb benötigen gerade Erstgebärende Möglichkeiten, sich dort auch einmal zurück zu ziehen. Entsprechende Räumlichkeiten und/oder Privatsphäreschaffende Maßnahmen auf den Zimmern müssen gefördert werden. Getrennte Besucherräume verhindern Massenandrang von Fremden in Gemeinschaftszimmern.

5. Wie werden Sie eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit qualifizierter Schwangerenvorsorge, 1:1-Geburtshilfe – idealerweise durch eine Bezugshebamme – und aufsuchender Wochenbettbetreuung gewährleisten, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen zunehmenden bundesweiten Klinikschließungen und des Personal- und Hebammenmangels sowohl in den Kliniken als auch im freiberuflichen Sektor?

Auch hier müssen wir erneut darauf hinweisen, dass die genannten Aspekte eine Folge der fortschreitenden Ökonomisierung sind.

Andererseits verdanken wir die erweiterten Notwendigkeiten zu Heilung und Pflege den wissenschaftlichen Erkenntnissen und technologischen Errungenschaften im medizinischen Bereich. Menschen werden immer älter, Krankheiten können geheilt oder zumindest gelindert werden, die vor Jahrzehnten nicht behandelbar waren und zu einem deutlich kürzerem Leben geführt hätten. Das ist eine gute Entwicklung, aber sie kostet Geld.

Das Geld ist durchaus vorhanden - allerdings nicht dort wo es für ein gelingendes Gesundheitssystem eingesetzt werden könnte. Wir wollen, dass jeder zur Gesellschaft beiträgt und so das vorhandene Geld auch stärker in das Gesundheitssystem leiten. Dazu fordern wir die

1. Konsequenter Verfolgung von Steuerbetrügereien
2. Einführung einer Wertschöpfungssteuer
3. Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Mit diesen Mitteln auch den Bereich der Pflege finanziell besser auszustatten ist unser Ziel. Dazu muss dann natürlich auch noch die finanzielle Zuständigkeit neu geordnet werden.

6. Was stellen Sie dieser Entwicklung entgegen, um sowohl in Städten und Ballungsräumen als auch im spärlich besiedelten ländlichen Bereich jedem Kind wohnortnah kinderärztliche Versorgung zu garantieren?

Hier sind verschiedene Aspekte zu betrachten. Während die von Ihnen dargestellte Situation in den östlichen Bundesländern stärker ausgeprägt ist, wird sie je weiter man nach Westen kommt, weniger dramatisch, ist aber auch dort immer noch suboptimal. Dies hängt insbesondere mit der Situation der kommunalen Haushalte zusammen, die die jeweilige Finanzierung zu leisten haben. Hier sind die daraus resultierenden Notwendigkeiten stärker in die Berechnungen zum Länderfinanzausgleich einzubinden.

Ganz allgemein sind jedoch die Möglichkeiten des digitalen Wandels zu

nutzen, wozu es primär eines verstärkten Breitbandausbaus bis in die letzte Ecke der Republik bedarf. Wobei auch das dazu führen kann, dass auch der Arztberuf perspektivisch einem Wandel unterliegt und ihn teilweise durch Programme ersetzen kann.

Weiterhin sind Anreize für Ärzte auf dem Land zu schaffen, denn noch immer sind Spezialpraxen in Ballungsräumen lukrativer und beliebter. Dazu gehört auch die generelle Aufwertung von kultureller, schulischer und verkehrstechnischer Infrastruktur und Versorgungsmöglichkeiten im ländlichen Bereich. Dies betrifft nicht nur die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich, sondern auch deren Patienten. Ärzte werden sich nur dort ansiedeln, wo entsprechend viele Patienten ihren Lebensunterhalt garantieren.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Eine Vereinheitlichung der Hilfsfristen wäre ebenfalls hilfreich, weshalb deren Festlegung aus der Länderverantwortung gelöst werden sollte. Zur Begegnung von Defiziten im städtischen Umfeld sollen niedrigschwellige Angebote installiert werden. So gibt es bspw. in Krefeld Zusatzsprechstunden in den Ferienzeiten, wo eine Hebamme per Handyruf ins Haus kommt, wenn sie denn zur Verfügung steht. Auch hier sind somit positive Beispiele flächendeckend zu etablieren.

7. Die Eltern haben trotz ihrer zentralen Rolle im Geschehen kein Mandat. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um uns Interessensvertretern der Eltern dieses Mitspracherecht zu garantieren?

Ein garantiertes Mitspracherecht kann es nur mittels eines Gesetzes geben. Über die Art und Ausgestaltung tauschen wir uns gern mit Ihnen aus.

Seite 7

Wir hoffen, mit diesen Antworten gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
i.A. Thomas Ganskow
Bundesbeauftragter Wahlprüfsteine

PIRATENPARTEI
Deutschland

P.S.: Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.